



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24821 - 33

Fernschreiber 0806890

P/XIII/294 - 29. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zellen:

1 - 2 Gemeinsame Deutschlandpolitik 63
 Von Gustav W. Heinemann, M.d.B., Innenminister a.D.

3 - 4 Außenpolitische Diskussion in Holland 67
 Wachsende Zweifel an der "Politik der Stärke"

* * * * *
* * * * *

Gemeinsame Deutschlandpolitik

Von Gustav W. Heinemann

Es wird im neuen Jahr nicht an dem Ruf nach einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zwischen Regierung und Opposition fehlen. Darum dürfte es gut sein, über ihre Voraussetzungen und Grenzen etwas Grundsätzliches zu sagen.

In einer parlamentarischen Demokratie liegt die Verantwortung für alle politischen Entscheidungen und Massnahmen bei der Mehrheit des Parlamentes und der von ihr getragenen Regierung. Recht und Pflicht der Minderheit als Opposition ist es, den Weg der Regierung kritisch zu begleiten. Beide, Regierung und Opposition, können indessen je und dann die Pflicht haben, ihre parteipolitischen Differenzen und Vorteile zugunsten einer gemeinsamen Haltung zurückzustellen, wenn es um Lebensfragen des Volkes geht. Die angelsächsischen Nationen, die das Spiel der parlamentarischen Demokratie am besten beherrschen, haben solche Gemeinsamkeit des Handelns unter besonderen Umständen oft genug vorgeführt. Wie kann sie zustande kommen?

Die Hauptverantwortung für überparteiliche Zusammenarbeit liegt stets bei der Regierung oder, für unsere Verhältnisse genauer gesagt, bei dem Bundeskanzler. Er bestimmt die Richtlinien der Politik. Er bestimmt auch die Atmosphäre gegenüber der Opposition. In dieser Hinsicht hat Dr. Adenauer seit Jahr und Tag bekanntlich alles getan, um den Graben so tief wie möglich zu ziehen. Keine Diffamierung der SPD war dafür niederträchtig genug. Es wird nicht nötig sein, die Bruskierungen näher aufzuzählen. Noch der Auftritt Dr. Adenauers unmittelbar vor dem 7. Dezember in Berlin gab einen Geschmack davon. Es wird an der CDU liegen, zu überlegen, was sie diesbezüglich zu tun gedenkt, wenn sie Wert darauf legen sollte, mit der Opposition eine Plattform des Handelns zu finden.

Auch sachliche Voraussetzungen müssen gegeben sein. Seit Jahren schon muss die SPD immer wieder rügen, dass sie von Informationen, wie sie der Regierung zur Verfügung stehen, und von der Mitgestaltung

wesentlicher Entscheidungen ausgeschlossen bleibt. Es ist ernstlich zu fragen, ob es nicht sogar den Mitgliedern der Bundesregierung ähnlich ergeht. Wie soll gemeinsam Verantwortung möglich sein, wenn der Bundeskanzler sich als der Vorgesetzte aller gebärdet? Ein noch so lautes Aufrufen der Opposition zur überparteilichen Zusammenarbeit ist nichts anderes als ein reines Täuschungsmanöver, wenn sie lediglich die Unterwerfung unter den Willen des Kanzlers bedeuten soll. Die Opposition muss dabei sein können, wenn Entwicklungen eingeleitet werden und nicht erst dann, wenn eine Sackgasse erreicht ist.

Zu dem verderblichen Stil des Bundeskanzlers gehört auch, dass er nach Belieben den Anschein zu erwecken sucht, als ob einzelne SPD-Politiker seinen Weg teilten. Dieses haben wir gerade wieder in Bezug auf den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erlebt, als er - in Übereinstimmung mit der gesamten SPD-Führung - den sowjetischen Vorschlag eines Freistaates West-Berlin für unannehmbar erklärte, aber ebenso in Übereinstimmung mit seiner Partei auch dafür eintrat, dass jetzt alle Gesichtspunkte der deutschen und europäischen Fragen zur Verhandlung gebracht würden. Hier belichte Dr. Adenauer nur das Erstere zu betonen.

Man höre also auf, nach gemeinsamer Deutschlandpolitik zu rufen, solange die primitivsten Voraussetzungen missachtet werden. Trickspiele genügen nicht. Die SPD hat die Mühe der guten Gründe für ihren Widerspruch gegen die bisherige Kanzler-Politik. Sie will insbesondere nicht erleben, dass sich die Verhältnisse von 1952 wiederholen, wo sowjetische Vorschläge zur Lösung der Deutschlandfragen einfach als "belanglos" abgetan und durch Parolen überspielt wurden, die nur dazu geeignet waren, die Wiedervereinigung unmöglich zu machen. Wenn die CDU die Opposition lediglich für ihre bisherige Politik der eingebildeten Stärke einfangen will, anstatt die Möglichkeiten einer Befriedung Mitteleuropas und der Überwindung deutscher Spaltung zielbewusst auszuloten, ist alles Appellieren an eine gemeinsame Deutschlandpolitik unglaubwürdig.

+ + +

Aussenpolitische Diskussion in Holland

H.P. Innerhalb der Sozialistischen Internationale ist die Partei der Arbeit in Holland vielleicht die stärkste Befürworterin eines Kurses, der auf Kleinsuropa zielt, die den Kalten Krieg als der Weisheit letzten Schluss proklamiert und die auch glaubt, dass die Atombombe das überzeugendste Mittel sei, die Russen "zur Reason" zu bringen. Auf allen Kongressen der Sozialisten und auch in den europäischen Gremien wurden die holländischen Sozialisten nie müde, diese Thesen zu wiederholen. Kein Wunder, dass selbst Konrad Adenauer nicht widerstand, Äusserungen dieser Art gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ins Feld zu führen.

Vielleicht ist es nicht von ungefähr, dass gerade in den Ländern, in denen sozialistische Parteien solche Gedankengänge vertreten, nämlich in Frankreich, Luxemburg, Belgien und Holland, diese in Laufe der letzten Wochen und Monate aus ihren Regierungen verdrängt wurden. Es gab tatsächlich, zumindest in der Aussenpolitik, kaum einen merklichen Unterschied zwischen ihnen und den anderen Parteien. Die Bevölkerung quittierte das dementsprechend.

Das ist der Hintergrund, vor dem die holländische Partei der Arbeit es für richtig hielt, einen ausserordentlichen Parteitag vergangene Woche in Arnheim abzuhalten, der sich nur mit Problemen der Aussenpolitik befasste. Wer bisher geglaubt hat, die holländische Partei stände geschlossen hinter ihrem Vorstand und seiner Politik, musste mit Verwunderung vernehmen, dass es nicht unerhebliche Kräfte gibt, die Zweifel an der Richtigkeit dieser Haltung haben. Auf dem Kongress in Arnheim wurden keine Entschliessungen gefasst, denn er diente nur der Aussprache, doch war die Parteiführung gut beraten, ein solches Ventil zu schaffen, um vor dem eigentlichen Parteitag im Sommer 1959 zu wissen, mit wieviel Unterstützung sie rechnen kann.

In der Diskussion über die atomare Bewaffnung lagen drei Memoranden vor, die Richtungen innerhalb der Partei repräsentierten. Wenn man versuchen wollte, sie auf eine kurze Formel zu bringen, so schälte sich folgende Tendenzen heraus: Da ist zunächst die bekannte offiziell

Haltung, die etwa der von Spaak, den Generalsekretär der NATO, entspricht, also "Politik der Stärke" mit so vielen nuklearen Waffen wie möglich, um eine militärische Expansion des Kommunismus verhindern zu können. Nur dieses "Gleichgewicht des Terrors" erhalte den Frieden und so muss man eben "mit der Atombombe" leben. Verhandlungen über Abrüstung, geschweige denn über andere Themen mit der Sowjetunion haben gar keinen Sinn, denn den Russen kann man nicht trauen.

Das Memorandum, das diese Gedankengänge erläuterte, bezeichnete schlichtweg alle, die andere Meinungen haben als "Kapitulanten". - Die entgegengesetzte Tendenz kann als eine rein pazifistische gewertet werden. Das entsprechende Memorandum war vielleicht deshalb am schwächsten, weil die moralische Entrüstung einerseits und der Glaube an das Gute in allen Menschen andererseits zweifellos nicht ausreichen, um eine politische Partei durch den Irrgarten der internationalen Politik zu steuern. - So kam das dritte Memorandum der Wirklichkeit am nächsten, weil seine Verfasser den Versuch unternahmen, von der jetzt gegebenen politischen Situation auszugehen und nach Wegen zu suchen, die einer wirklichen Entspannung dienen. Hier wurde die Schwarz-Weiss-Malerei vermieden, die Grösse des Problems durchaus erkannt und vor voreiligen extremen Schritten gewarnt.

Da weder Resolutionen angenommen noch Abstimmungen stattfanden, ist es schwierig festzustellen, wie stark die Anhänger der einzelnen Tendenzen tatsächlich sind. Es fielen oft scharfe Worte nach allen Richtungen, es gab eine sehr freimütige und sachliche Diskussion, doch mutete es dem Beobachter seltsam an, wie sehr die Auseinandersetzung über die verschiedenen Aspekte der Aussenpolitik einen oft abstrakten Charakter hatte. Es gab Grundsatzreferate und Grundsatzdiskussionen, die nur selten Bezug auf die sehr konkreten politischen Aufgaben nahmen. Alles in allem zeigte aber die Partei der Arbeit, dass ihre Mitgliedschaft von einer gesunden Unruhe erfüllt ist und den Wunsch hat, nicht in die Isolierung zu geraten. Gerade diese Gefahr wurde von vielen durchaus erkannt, zumal sich auch die Verfechter der bisherigen Politik der neuen Situation anpassen müssen, wenn sie nicht das Schicksal erleiden wollen, innen- und aussenpolitisch auf der Strecke zu bleiben.